

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 19. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 20.06.2018:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 06.03.2018	Anerkannt	
2.	Einwohnerfragestunde		
3.	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
3.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.05.2018: Umbesetzung im Personalausschuss	393/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
3.2.	Energieagentur Rhein-Sieg e. V.; hier: Bestellung einer Vertreterin/eines Vertreters des Kreistages	394/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
3.3.	REGIONALE 2025 "Das Bergische RheinLand" hier: Besetzung des politischen Beirates bei der REGIONALE 2025 Agentur GmbH	395/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 10,11
3.4.	Nachwahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	396/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 11,12
3.5.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 30.05.2018: Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien	397/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
3.6.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 04.06.2018: Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	398/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 12,13
3.7.	Umbesetzung von Gremien: Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	399/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
4.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 12.03.2018: Rechtsabbiegepeil bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrende auf den bestehenden und geplanten Kreisstraßen des Rhein-Sieg-Kreises	Antrag zurückgezogen	
5.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2018: Einführung von Sprechstunden des Ausländeramtes in der Nebenstelle Rheinbach	Antrag zurückgestellt	
6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe Freie Wähler / Piraten vom 09.05.2018 zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU / GRÜNE vom 26.04.2018 zur Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an der Jubiläumsgesellschaft Beethoven 2020	Antrag zurückgezogen	

6.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 26.04.2018: Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an der Jubiläumsgesellschaft Beethoven 2020	400/18 Zustimmung	MB ./ LINKE, AfD, FUW/Piraten, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, Seite 15
7.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.05.2018: Bezahlbarer Wohnraum	402/18 Ablehnung	MB ./ SPD, 1 FDP, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, E. LINKE, FUW/Piraten, Seite 20
7.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.04.2018: Verkauf der RWE-Aktien und Investition in Wohnen und Infrastruktur	403/18 Ablehnung	MB ./ SPD, Abg. Dr. Fleck, E. FDP, Abg. Meise, Seite 23
8.	Änderungen des Landesentwicklungsplanes NRW - Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises -	404/18 Zustimmung	MB ./ FDP, AfD, Enth. Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, Seite 25
		405/18 Zustimmung	MB ./ FDP, LINKE, AfD, Enth. Abg. Dr. Fleck und Abg. Meise, Seite 25
		406/18 Zustimmung	MB ./ AfD, Enth. Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, Seite 25
		407/18 Zustimmung	MB ./ FDP, AfD, Enth. Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise Seite 25
9.	ÖPNV		
9.1.	Antrag der Kreistags-Fraktionen CDU, GRÜNE vom 22.03.2018: Minimierung Luftschadstoffe hier: Elektrifizierung Dieselbahnstrecke	408/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 26
9.2.	Weiterentwicklung regionales Stadtbahnangebot	409/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 26
9.3.	ÖPNV-Konzept für den Teilraum Lohmar	410/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 26

9.4.	Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes im Teilraum Bornheim	411/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 27
9.5.	Modifizierung des Busverkehrsangebotes in Swisttal-Odendorf	412/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 27
9.6.	Fahrplanwechsel im Dezember 2018	413/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 27
10.	Prüfung des Gesamtabschlusses des Rhein-Sieg-Kreises zum 31.12.2015		
10.1.	Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses über das Prüfungsergebnis des Prüfungsberichtes 2015 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner	414/18 Feststellung	einstimmig, Seite 28
		415/18 Entlastung	einstimmig, Seite 28
11.	Sanierung und Erweiterung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ der Waldschule in Alfter	416/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 29
12.	Mitteilungen und Anfragen  <b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
13.	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 19. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 20.06.2018:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:05 Uhr  
**Ort der Sitzung:** A 1.16  
**Datum der Einladung:** 07.06.2018  
**Einladungsnachtrag vom:** 15.06.2018

### **Anwesende Mitglieder:**

#### Vorsitzender

Herr Sebastian Schuster

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron  
Herr Jürgen Becker  
Frau Renate Becker-Steinhauer  
Herr Dr. Torsten Bieber  
Herr Norbert Chauvistré  
Herr Klaus Döhl  
Frau Brigitte Donie  
Herr Christoph Fiévet  
Herr Björn Franken  
Herr Franz Gasper  
Frau Katharina Gebauer  
Herr Dr. Josef Griese  
Frau Hildegard Helmes  
Herr Hans-Peter Höhner  
Herr Ivo Hurnik  
Frau Silke Josten-Schneider  
Herr Marcus Kitz  
Herr Oliver Krauß  
Frau Gabriele Kretschmer  
Herr Joachim Kühlwetter  
Frau Notburga Kunert  
Frau Sigrid Leitterstorf  
Herr Oliver Roth  
Herr Tim Salgert  
Herr Josef Schäferhoff  
Herr Martin Schenkelberg  
Herr Raimund Schink  
Herr Matthias Schmitz  
Herr Christian Siegberg  
Herr Michael Solf  
Herr Michael Söllheim  
Herr Andreas Sonntag  
Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht  
Frau Bettina Bähr-Losse  
Frau Gisela Becker  
Herr Harald Eichner  
Frau Stefanie Göllner  
Herr Folke große Deters  
Herr Sebastian Hartmann  
Herr Volker Heinsch  
Frau Veronika Herchenbach-Herweg  
Frau Ute Krupp  
Herr Paul Lägerl  
Frau Nicole Männig  
Frau Cornelia Mazur-Flöer  
Frau Joline Piel  
Herr Udo Scharnhorst  
Herr Björn Seelbach  
Frau Susanne Sicher  
Frau Ursula Studthoff  
Herr Dietmar Tandler  
Herr Achim Tüttenberg  
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky  
Frau Johanna Bientreu  
Frau Alexandra Gauß  
Frau Edith Geske  
Herr Edgar Hauer  
Herr Burkhard Hoffmeister  
Frau Irmhild Schaffrin  
Herr Ingo Steiner  
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Renate Frohnhöfer  
Herr Alexander Hildebrandt  
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann  
Herr Christoph Küpper  
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Frank Kemper  
Herr Michael Lehmann  
Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Norbert Klein

Herr Ralf-Udo Rothe

Herr Vladimir Skoda

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten

Frau Anja Moersch

Frau Maria Luise Streng

Kreistagsabgeordneter NPD

Frau Ariane Christine Meise

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck ab 16.25 Uhr

Schritfführer

Herr Dirk Kassel

**Entschuldigt fehlten:**Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jörg Erich Haselier

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Gabi Deussen-Dopstadt

**Unentschuldigt fehlten:**

---

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Frau Udelhoven

Herr Jaeger

Herr Schwarz

Herr Wagner

Herr D. Schmitz

Herr Grünhage

Herr Clasen

Herr Land

Herr Dr. Sarikaya

Frau Ommerborn

Frau Rellecke

Frau Lorenz

Vertreter der Presse

**Öffentlicher Teil**

## Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Der Landrat eröffnete die 19. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden.

Anlässlich der letzten Sitzung des Kreistages vor der Sommerpause lud er die Kreisratsmitglieder herzlich zu Kaltgetränken und einem kleinen Imbiss im Foyer vor dem Sitzungssaal im Anschluss an die Sitzung ein.

Dann gedachte er der am 12.03.2018 im Alter von 64 Jahren verstorbenen ehemaligen Kreisratsabgeordneten Elisabeth Sanders-Hauer (GRÜNE) aus Lohmar.

Elisabeth Sanders-Hauer sei von 1994 bis 1999 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises gewesen und habe sich u.a. als Mitglied im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung, im Gleichstellungsausschuss, im Jugendhilfeausschuss sowie im Personalausschuss für die Belange des Kreises engagiert.

Weiter gedachte der Landrat dem in der Nacht zum 13. April 2018 im Alter von 87 Jahren verstorbenen Ehrenlandrat Dr. Franz Möller.

Dr. Franz Möller sei eine außergewöhnliche Persönlichkeit gewesen, die in eindrucksvoller Weise die erfolgreiche Geschichte des Rhein-Sieg-Kreises geprägt habe.

Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und schon während seiner Zeit als Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung sei Dr. Franz Möller 1970 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises geworden, bevor er 1974 zum Landrat gewählt worden sei.

Dieses Amt habe er bis zur Kommunalreform 1999 ohne Unterbrechung ausgeübt. Dabei habe sich Dr. Franz Möller insbesondere um die Entwicklung des Rhein-Sieg-Kreises im Zuge der kommunalen Neugliederung verdient gemacht. Zudem sei er maßgeblich an dem erfolgreichen Strukturwandel in Folge des Bonn/Berlin-Beschlusses beteiligt gewesen. 1999 sei er zum Ehrenlandrat ernannt worden.

Weiter hob der Landrat hervor, Dr. Franz Möller sei es maßgeblich zu verdanken, dass als zentrales Projekt des Strukturwandels die Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg mit ihren drei Standorten im Rhein-Sieg-Kreis gegründet worden sei. Ebenso zähle die Anbindung des Kreises an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn mit dem ICE Bahnhof Siegburg/Bonn zu seinen Verdiensten.

Auch auf Bundesebene habe seine Stimme Gewicht gehabt. Von 1976 bis 1994 sei er Mitglied des Deutschen Bundestages gewesen und habe auch dort die Interessen des Kreises vertreten.

Mit seinen Publikationen „Der Beschluss“ (2002), „Abgeordnete des Deutschen Bundestages – Aufzeichnungen und Erinnerungen, Franz Möller, Band 17“ (2004) und „Der Rhein-Sieg-Kreis im Spannungsfeld von Bund und Land von 1949 bis 2000“ (2006) habe er einen wichtigen Beitrag in der historischen Aufarbeitung der Kreisgeschichte geleistet.

Der Landrat sagte, Dr. Franz Möller sei Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Darüber hinaus sei ihm der Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen worden.

Zudem gedachte der Landrat dem in der Nacht zum 11. Mai 2018 im Alter von 89 Jahren verstorbenen ehemaligen stellvertretenden Landrat Kurt Müller aus Windeck.

Kurt Müller sei von 1964 bis 1969 sowie von 1984 bis 1994 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises gewesen. Neben seiner Funktion als 1. stellv. Landrat (1989 bis 1994) habe er sich als Mitglied im Ausschuss für zivile Verteidigung, als stellv. Vorsitzender im Kreisausschuss und im Planungs- und Verkehrsausschuss für die Belange des Kreises engagiert.

Für sein ehrenamtliches Engagement sei Kurt Müller 1988 mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und im Jahr 1993 mit dem Landesverdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden.

Weiter gedachte der Landrat dem am 14. Mai 2018 im Alter von 85 Jahren verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Heinz-Bernhard Küpper aus Ruppichteroth. Heinz-Bernhard Müller sei von 1975 bis 1989 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises gewesen.

Dann gedachte er der am 28. Mai 2018 im Alter von 73 Jahren ehemalige Kreistagsabgeordnete Renate Mersch. Renate Mersch sei von 1994 bis 2014 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises gewesen.

Darüber hinaus habe sie sich u.a. als Mitglied im Kreisausschuss, im Personalausschuss, im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung, im Finanzausschuss, im Gleichstellungsausschuss sowie in vielen Gremien des Kreises für die Belange der Bürgerinnen und Bürger des Kreises eingesetzt.

Der Kreistag werde Frau Elisabeth Sanders-Hauer, Dr. Franz Möller, Kurt Müller und Renate Mersch ein ehrendes Andenken bewahren!

Dann gratulierte er dem Abg. Michael Söllheim, der Abg. Ute Krupp sowie der Gleichstellungsbeauftragten Brigitta Lindemann zu ihren „runden“ Geburtstagen.

Sodann nahm der Landrat Bezug auf die Einladung vom 07.06.2018, die Nachsendung zur Einladung vom 12.06.2018, den Einladungsnachtrag vom 15.06.2018 und die Tischvorlage 1 vom 20.06.2018.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei. Einwendungen und Wünsche zur Tagesordnung erfolgten nicht.

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
1	Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 06.03.2018	

Der Landrat sagte, Einwendungen seien nicht erhoben worden. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Der Landrat verwies auf die Anfrage der Attac Rhein-Sieg und stellte die Zulässigkeit der Einwohneranfrage fest. Dann verlas er nochmal die Anfrage des Fragestellers:

„Welches sind die ökologischen und ethischen Kriterien für den Rhein-Sieg-Kreis als „Vorreiter im Klimaschutz“, die einen weiteren Besitz von RWE-Aktien rechtfertigen, wobei ein Konzern gestützt wird, der besonders durch seinen angestrebten Neubau eines Braunkohle-Kraftwerkes in NRW ein rechtzeitiges Erreichen der von Deutschland international zugesagten Klimaschutzziele verhindert und mit seiner Konzernpolitik auch weltweit zum Schaden des Klimaschutzes agiert?“

Hierzu teilte der Landrat mit, der Rhein-Sieg-Kreis halte aus historischen Gründen seit Anfang des 20. Jahrhunderts RWE-Aktien. Aktuell würden rund 1,4 Mio. Stück RWE-Aktien über die Tochtergesellschaft Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH gehalten. In 2018 sei eine Dividende von 1,50 € und damit insgesamt rund 2,1 Mio. € ausgeschüttet worden. Im Jahr 2019 werde mit einer weiteren Dividendenausschüttung gerechnet. Der Kreis habe derzeit kein Liquiditätsproblem, er sei gemäß § 53 KrO NRW i.V.m § 75 GO NRW verpflichtet, die Haushaltswirtschaft wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen. Aktuell seien vom Kreis aufgrund der aktuellen Zinssituation bei einer hohen Liquidität sogenannte „Verwahrentgelte“ zu zahlen. Die Entscheidung über den Umgang mit den vorhandenen RWE-Aktien ebenso wie strategische Entscheidungen des Kreises zum Klimaschutz obliege dem Kreistag. Ein Beschluss des Kreistages zur Veräußerung der Aktien liege derzeit nicht vor. Unabhängig davon sei ein Halten der Aktien nicht damit gleichzusetzen, dass sämtliche Unternehmensziele in gleichem Umfang unterstützt werden.

Herr Behlau teilte mit, dass aus seiner Sicht die Anfrage hinsichtlich der ökologischen und ethischen Sicht des Rhein-Sieg-Kreises für den Beibehalt der RWE-Aktien nicht hinreichend beantwortet sei und bat um eine ergänzende Beantwortung.

Der Landrat bemerkte, dass die Entscheidung mit dem Umgang der RWE-Aktien sowie strategische Entscheidungen zum Klimaschutz dem Kreistag obliegen und verwies auf die bereits erteilte Antwort. Weiter merkte er an, das Thema Verkauf von RWE-Aktien stehe zudem auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Herr Behlau bat, die Thematik zurückzustellen, bis der Kreistag darüber befunden habe und teilte mit, die Anfrage dann nochmal an den Landrat zu richten.

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

3.1	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.05.2018: Umbesetzung im Personalausschuss	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**393/18**

**Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung im Personalausschuss:**

**Der SkB Nils Suchetzki wird anstelle des SkB Ömer Kirli ordentliches Mitglied im Personalausschuss.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

3.2	Energieagentur Rhein-Sieg e. V.; hier: Bestellung einer Vertreterin/eines Vertreters des Kreistages	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**394/18**

**Der Kreistag beschließt,**

**Herrn Dr. Josef Griese (Mitglied) und  
Herrn Matthias Schmitz (Stellvertretung)**

**in die Mitgliederversammlung der Energieagentur Rhein-Sieg e. V. zu entsenden.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

3.3	REGIONALE 2025 "Das Bergische RheinLand" hier: Besetzung des politischen Beirates bei der REGIONALE 2025 Agentur GmbH	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018 und die nachgereichte Benennung der Mitglieder und Stellvertreter/Stellvertreterinnen durch die Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN.

Abg. Otter fragte, ob noch eine Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin möglich sei. Falls das der Fall sei, benenne er die Abg. Streng als Vertreterin. Dem stimmte der Landrat zu und ließ über den Beschlussvorschlag mit der namentlichen Ergänzung abstimmen.

**B.-Nr.**  
**395/18**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**1. Die Zahl der Vertreter/innen im „politischen Beirat“ der REGIONALE 2025**

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

**Agentur GmbH wird auf 20 Personen festgesetzt.**

**2. Der Kreistag benennt nachfolgende Personen als Mitglieder des politischen Beirates.**

Fraktionen	Zahl der Mitglieder	Namen der Mitglieder/Vertreter
CDU	9 Personen	1. Matthias Schmitz 2. Tim Salgert 3. Notburga Kunert 4. Björn Franken 5. Martin Schenkelberg 6. Hans-Peter Höhner 7. Renate Becker-Steinhauer 8. Andreas Sonntag 9. Uwe Fröhling
SPD	5 Personen	1. Gisela Becker 2. Nicole Männig 3. Veronika Herchenbach-Herweg 4. Udo Scharnhorst 5. Claus Müller
GRÜNE	3 Personen	1. Michaela Balansky/Wilhelm Windhuis 2. Edgar Hauer/Irmhild Schaffrin 3. Alexandra Gauß/Burkhard Hoffmeister
FDP	1 Person	1. Dr. Friedrich Wilhelm Kuhlmann/ Jürgen Peter
LINKE	1 Person	1. Frank Kemper/Maria-Luise Streng
AfD	1 Person	1. Dr. Edward v. Schlesinger/Bernhard Schindler

**Abst.-  
Erg.:**

**Einstimmig.**

3.4	Nachwahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 18.06.2018 zu Nr. 1 Frau Ursula Lange, zu Nr. 2 Herr Michael Haupts, zu Nr. 3 Frau Birgit Simon und zu Nr. 4 Frau Andrea Maria Fischer.

**B.-Nr.  
396/18**

**Der Kreistag wählt als Nachfolger für**

**1. Herrn Dr. Elmar Heinen**

**Frau Ursula Lange**

**2. Herrn Siegfried Cunz**

**Herrn Michael Haupts**

**als neues Mitglied in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde zu wählen.**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

### 3. Herrn Dr. Holger Strick

Frau Birgit Simon

### 4. Herrn Heinz Heister

Frau Andrea Maria Fischer

als neues **stellvertretendes Mitglied** in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde zu wählen.

**Abst.-  
Erg.:**

Einstimmig.

3.5	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 30.05.2018: Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 18.06.2018.

**B.-Nr.  
397/18**

Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus:

**Der Sachkundige Bürger (SkB) Jürgen Peter wird anstelle des SkB Jürgen Gansauer ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus.**

**Abst.-  
Erg.:**

Einstimmig.

3.6	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 04.06.2018: Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 18.06.2018.

**B.-Nr.  
398/18**

Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen in folgenden Ausschüssen/Gremien:

**Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Radio Bonn/Rhein-Sieg GmbH & Co. KG:**

Die Abg. Katharina Gebauer wird anstelle des Abg. Michael Söllheim Mitglied in der Veranstaltergemeinschaft Radio Bonn/Rhein-Sieg.

**Ausschuss für Planung und Verkehr:**

**Die Sachkundige Bürgerin (SkB) Nadja Gräfrath wird anstelle des ausgeschiedenen SkB Lucas Schult stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Planung und Verkehr.**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration:**

**Die SkB`in Jenny Hoffmann wird anstelle der ausgeschiedenen SkB`in Herta Lauer stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration.**

**Abst.-  
Erg.: Einstimmig.**

3.7	Umbesetzung von Gremien: Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Rhein-Sieg- Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 18.06.2018.

**B.-Nr.  
399/18 Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Frau KTA Edith Geske und ihr Stellvertreter Herr KTA Ingo Steiner werden mit sofortiger Wirkung als vom Rhein-Sieg-Kreis in den Aufsichtsrat der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (RSAG) entsandte Mitglieder des Aufsichtsrates der RSAG abberufen.**

**Abst.-  
Erg.: Einstimmig.**

4	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 12.03.2018: Rechtsabbiegepeil bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrende auf den bestehenden und geplanten Kreisstraßen des Rhein-Sieg-Kreises	
---	---	--

Der Landrat sagte, dass der Antrag durch den Antragsteller in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.06.2018 zurückgezogen worden sei.

Seitens der Fraktion DIE LINKE wurde bestätigt, dass sich der Antrag erledigt habe und zurückgenommen werde.

5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2018: Einführung von Sprechstunden des Ausländeramtes in der Nebenstelle Rheinbach	
---	---	--

Der Landrat sagte, eine Beschlussfassung sei in der Sitzung des Kreisausschusses in die Sitzung des Kreistages vertagt worden sei.

Abg. Krupp sagte, es habe ein Gespräch mit dem zuständigen Dezernenten und Frau Boldt in dieser Angelegenheit gegeben. Aufgrund derzeitiger personeller und technischer Hinderungsgründe sei ihre Fraktion bereit, den Antrag zu verschieben. Zudem habe die Verwaltung signalisiert, das Antragsbegehren umzusetzen, sobald sich die Voraussetzungen hierfür verbessert hätten. Aus diesem Grund könne der Antrag verschoben werden.

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Landrat stellte fest, dass hierüber Einvernehmen bestand.

6	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe Freie Wähler / Piraten vom 09.05.2018 zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU / GRÜNE vom 26.04.2018 zur Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an der Jubiläumsgesellschaft Beethoven 2020	
---	--	--

Der Landrat wies darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.06.2018 zurückgenommen worden sei.

Abg. Otter bestätigte die Rücknahme des Antrages.

6.1	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 26.04.2018: Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an der Jubiläumsgesellschaft Beethoven 2020	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018.

Abg. Bientreu sagte, sie danke der Verwaltung für die im Vorfeld gut geleistete Arbeit. Von der im Beschlussvorschlag genannten 1 Million Euro für den Projekthaushalt sei fast der gesamte Betrag wieder im Rückfluss, da die eingereichten Projekte bei der zweiten Auswahlrunde bereits übernommen seien.

Abg. Skoda sagte, seine Fraktion sei nicht der Ansicht, dass dieses Projekt zum Erfolg geführt werde, da bekannt sei, dass die Bonner Verwaltung in der Vergangenheit Projekte dieser Art nicht gut umgesetzt habe. Zudem lägen die Kosten des gesamten Projekts alleine für die Geschäftsstelle für 5 Jahre bei 7 Millionen Euro. Das halte er angesichts der verteilten Mittel von 30 Millionen Euro für exorbitant viel.

Darüber hinaus werde der Rhein-Sieg-Kreis 1 Million Euro in dieses Projekt investieren. Hierbei werde die Hoffnung geäußert, dass der investierte Betrag in den Rhein-Sieg-Kreis zurückfließe. Jedoch habe man keinen Einfluss auf die Steuerung der Projekte. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Abg. Otter teilte mit, seine Fraktion und die Gruppe im Kreistag FUW/Piraten werde gegen den Beschlussvorschlag stimmen. Er verwies zudem auf die beantragten Mittel in Höhe von 10.000 Euro für die Entlastung der Tafelinitiativen bezüglich der Müllgebühren. Hierbei sehe man eine Unverhältnismäßigkeit. Aus diesem Grund werde man dagegen stimmen.

Abg. Eichner bemerkte, in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport sei mitgeteilt worden, welche Rendite zu erwarten sei. Darüber hinaus bedankte er sich im Namen seiner Fraktion bei der Verwaltung für die gute Arbeit.

Abg. Bientreu sagte, die Investition käme der Bevölkerung zugute, indem Kinder und Jugendliche näher an die Kultur herangeführt würden. Das beginne bereits mit der Arbeit in den Kindertagesstätten.

Abg. Jürgen Becker sagte, nicht nur Bonn sondern die gesamte Region solle das Jubiläum von Beethoven feiern und entsprechend würdigen. Zudem könne unsere Region durch den erhaltenen Bezug profitieren.

Weiter wies er darauf hin, der Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE sei darauf ausgerichtet, dass man zwei Haushaltsansätze – einen für die Festspiel GmbH und eine für Kreisprojekte – erhalte, die gegenseitig deckungsfähig seien. Das erlaube eine größere Flexibilität.

Nach Information aus der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport liefe der Prozess der Bezuschussung und der Förderung der Projekte, die für den Rhein-Sieg-Kreis bestimmt seien, gut. Für die Menschen im Rhein-Sieg-Kreis würden die Projekte nicht nur viel Freude sondern insgesamt viel Gutes mit sich bringen.

Abg. Hauer sagte, im Fachausschuss seien die Projekte ausgiebig vorgestellt worden. Man wolle im Rhein-Sieg-Kreis vorrangig Projekte fördern, die nachhaltig seien. Es handele sich dabei u.a. um Projekte, die eine kulturelle Basisarbeit leisten und bei Kindern in den Kindertagesstätten und bei Schülerinnen und Schülern in den Schulen beginnen. Er halte die Projekte für sinnvoll und bat diese zu unterstützen.

Dann teilte der Landrat mit, es habe einen modifizierten Beschlussvorschlag aufgrund der Vorberatungen geben. Er verlas ihn und ließ hierüber abstimmen.

**B.-Nr.**  
**400/18**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

1. **Die Verwaltung wird gebeten, im Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 für den Projekthaushalt der Beethoven Jubiläums GmbH zur Projektförderung im Rahmen von Beethoven 2020 1,0 Mio. Euro einzustellen. Der Rhein-Sieg-Kreis hat dabei die Erwartung, dass in mindestens gleicher Höhe Projekte aus dem Kreis von der Förderung durch die Beethoven Jubiläums GmbH profitieren.**
2. **Die Verwaltung wird gebeten, im Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 200.000 Euro einzustellen, um die Kreiskommunen beim Eigenanteil bei bewilligten Projekten oder kleinere Projekte der Kreiskommunen zu unterstützen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ LINKE, AfD, FUW/Piraten, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.**

7	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.05.2018: Bezahlbarer Wohnraum	
---	---	--

Der Landrat sagte, dass der Top vom Kreisausschuss ohne weitere Beratung in die Sitzung des Kreistages vertagt worden sei.

Abg. Tandler führte aus, für seine Fraktion sei dieses Thema eine soziale Frage, denn im Ergebnis fehlten im Rhein-Sieg-Kreis bezahlbare Wohnungen. Das betreffe zunehmend alle Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis mit unterschiedlicher Ausprägung. Darüber hinaus betreffe es auch immer mehr Menschen mit einem mittleren Einkommen in den Ballungszentren, die 70 % ihres Nettoeinkommens für die Entrichtung der Kaltmiete ausgeben müssten.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Außerdem seien die Mieten im Rhein-Sieg-Kreis seit 2013 um 13 Prozent angestiegen. In der Konsequenz fehle damit auch Kaufkraft in den Kommunen.

Der Landrat habe darauf hingewiesen, dass bis zum Jahre 2030 insgesamt 30.000 Wohnungen im Rhein-Sieg-Kreis fehlen würden und in der Wohnraumkonferenz zugesichert, dass der Kreis und der Landtag für Vorschläge zugänglich seien.

Die SPD-Kreistagsfraktion habe die geforderten Vorschläge in ihrem Antrag verwirklicht. Ob die Vorschläge zu einer Lösung des Problems beitragen würden, müsse man gemeinsam diskutieren. So habe man in dem Antrag formuliert, dass der Kreis sich mit den Kommunen ins Benehmen setzen müsse. Die Funktion des Kreises sei das Zusammenführen und das Koordinieren. Diese Aufgabe müsse der Landrat übernehmen, indem er beispielsweise die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu einer öffentlichen Veranstaltung einlade, bei der alle öffentlich zu dieser Problematik Stellung nehmen könnten.

Weiter führte Abg. Tandler aus, der Kreistag solle auch im Rahmen des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion den Landrat auffordern, in dieser Angelegenheit die Initiative zu ergreifen und nochmal tätig zu werden. Seine Fraktion sei bereit, über eingebrachte Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Abg. Dr. Bieber entgegnete, die schwarz-grüne Koalition im Kreistag nehme das Thema Wohnungsbau seit Jahren ernst und man habe die GWG in den vergangenen Jahren stärker auf öffentlich geförderten Wohnungsbau ausgerichtet. In den Jahren 2017 bis 2019 seien fast 200 öffentlich geförderte Wohnungen durch die GWG fertiggestellt worden. Das seien mehr als 60 Wohnungen pro Jahr. Auch über 2019 hinaus wolle die GWG über 50 Wohnungen bauen.

Darüber hinaus habe der Landrat durch organisatorische Maßnahmen in der Verwaltung in den letzten Jahren sichergestellt, dass jeder Förderantrag habe zeitnah bearbeitet werden können. Durch den großen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sei sichergestellt worden, dass die in den Jahren 2016 und 2017 zahlreich gestellten Förderanträge allesamt bewilligt und sämtliche Fördermittel in Höhe von insgesamt 90 Millionen Euro abgerufen worden seien. Damit seien innerhalb von 2 Jahren 712 öffentlich geförderte Wohneinheiten gebaut worden. Für den Einsatz wolle er dem Landrat und der Verwaltung ausdrücklich danken.

Weiter führte Abg. Dr. Bieber aus, man habe den Landrat ebenso bei den Wohnraum- und Teilwohnraumkonferenzen unterstützt. Die Ergebnisse zeigten ein breit gefächertes Bild hinsichtlich des Wohnungsbaus im Rhein-Sieg-Kreis. Von daher verböten sich pauschale Lösungen. Die Verwaltung habe fundiert dargelegt, dass die beantragten Lösungsansätze schon existierten oder aktuell kein Bedarf an zusätzlichen Mitteln bestehe, da ausreichend Finanzmittel zum Bauen vorhanden seien.

Was schließlich fehle sei Bauland. Die Planungshoheit hierfür liege jedoch ausschließlich bei den Kommunen. Der Rhein-Sieg-Kreis selbst könne kein Wohnbauland ausweisen. Zudem wies er auf den starken Einwohnerzuwachs im Rhein-Sieg-Kreis hin. In den vergangenen Jahren sei die Einwohnerzahl jährlich um 4.000 Personen gestiegen, was einen zusätzlichen Bedarf von 2.000 Wohnungen pro Jahr ergebe. Zusätzlich gebe es vermehrt Single-Haushalte, Kinder zögen aus ihrem Elternhaus aus und suchten eine eigene Wohnung in unserer Region.

Dadurch entstehe ebenfalls eine verstärkte Nachfrage an Wohnungen, die mit berücksichtigt werden müsse.

Insofern gelte die Aussage, dass jede neue gebaute Wohnung und jedes neu gebaute Haus den Druck aus der Wohnraumnachfrage nehme.

Abschließend erklärte Abg. Dr. Bieber, die schwarz-grüne Koalition bekenne sich zum öffentlich geförderten Wohnungsbau. In einer derart starken Zuzugsregion wie dem Rhein-Sieg-Kreis, in dem Bauland knapp sei und die Einwohnerzahl stark steige, sei es eine Illusion zu glauben, dass der Kreis die Problematik selbst lösen könne.

Abg. Steiner bemerkte, in der Region fehle bezahlbarer Wohnraum sowohl für junge Familien als auch für ältere Menschen. Um Lösungsansätze zu dieser Gesamtproblematik zu finden, müsse man gemeinsam fraktionsübergreifend unter Beteiligung der Kommunen diese Angelegenheit im Rahmen der strategischen Sozialraumplanung erörtern.

Ebenso müsse man im Zuge der strategischen Sozialraumplanung neue Ideen wie beispielsweise Quartiersentwicklung und moderne Wohnungsbaupolitik diskutieren. Der soziale Gedanke müsse wieder im Vordergrund der Quartiersplanung stehen, bei dem sich die junge und die ältere Generation gegenseitig unterstützten.

Abg. Otter sagte, der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion gehe an der Problemlösung vorbei und erinnerte, dass die Gemeinde Ruppichteroth mit der GWG in der Vergangenheit gemeinsam Bauprojekte durchführen wollte, diese jedoch von GWG wegen mangelnder Gewinnmarge abgelehnt worden seien.

Weiterhin müsse man an die gesamte Zielsetzung des Wohnungsbaus herangehen. Eine Mittelserhöhung für die GWG würde lediglich dazu führen, dass in Regionen wie Siegburg und Troisdorf weiterhin Wohnungen gebaut werden, da dort hohe Gewinnmargen erzielt werden. Dadurch verstärke man jedoch die Schieflage in Sachen Wohnungsbau im Rhein-Sieg-Kreis.

Hinsichtlich des Redebeitrages des Abg. Dr. Bieber erwiderte Abg. große Deters, er habe in jeder Sitzung, in der über das Thema Wohnungsbau diskutiert worden sei, betont, dass der Kreis diese Probleme nicht selbst lösen könne, jedoch müsse er ein Teil der Lösung sein.

Laut Kreiswirtschaftsförderer Dr. Tengler benötige der Kreis 2.500 neue Wohnungen/Jahr. Die GWG realisiere hingegen 50 Wohnungen/Jahr. Die SPD-Kreistagsfraktion fordere jedoch 100 Wohnungen. Das sei zwar noch nicht die Gesamtlösung, jedoch ein wichtiger Bestandteil.

Weiter sagte Abg. große Deters, bei den angesprochenen genehmigten Förderanträgen der Verwaltung handele es sich um eine gesetzliche Aufgabe des Kreises. Das alleine reiche nicht, um das Wohnungsbauproblem zu lösen.

Bezüglich der geforderten Eigenkapitalerhöhung für die GWG würde er sich nach wie vor wünschen, dass einige Unterlagen aus den Aufsichtsratssitzungen der GWG öffentlich gemacht würden, um zu belegen, dass eine Erhöhung notwendig sei. Hierzu zitierte er den Geschäftsführer der GWG wie folgt: „Mehr als 50 Wohnungen schaffen wir nicht. Wenn wir mehr realisieren müssen, dann muss die Gesellschaft wachsen.“ Das sei ebenso die Forderung der SPD-Kreistagsfraktion.

Hinsichtlich des Argumentes des fehlenden Baulandes habe seine Fraktion bei den Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis festgestellt, dass Bauland vorhanden sei. Es gebe jedoch Hemmnisse, die die Kommunen durch politische Entscheidungen überwinden könnten. Hierzu wünsche seine Fraktion sich eine Koordinierungsfunktion des Landrates wie es bei den Gewerbeflächen erfolgt sei, um die Kommunen aufzufordern und zu ermutigen, neue Instrumente wie eine kooperative Baulandplanung und Quoten für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu nutzen. Als Kreis solle man sich offen dazu bekennen.

Ohne ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen der Kommunen mit dem Kreis würden die knappen Flächen nicht in allererster Linie für den öffentlich geförderten Wohnungsbau genutzt, sondern für andere Vorhaben.

Jede neue Wohnung nehme zwar den Druck vom Wohnungsmarkt, jedoch sei es ein Unterschied, ob auf einem Grundstück eine Vielzahl kleinräumiger und bezahlbarer Wohnungen errichtet werden oder ein großes Haus mit wenigen Wohnungen.

Zum angesprochenen Einwohnerzuwachs in der Region sagte Abg. große Deters, dass man sich dem Trend stellen und neue Wohnungen bauen müsse. Im Übrigen bedeute der Einwohnerzuwachs eine Chance für den Kreis, da entgegen der Prognose bei der Regionalplanung die Einwohnerzahlen nicht sinken sondern steigen würden. Nach dem Empirica-Gutachten könne man heute davon ausgehen, dass es im östlichen Rhein-Sieg-Kreis keinen Einwohnerrückgang geben werde. Er prognostiziere, dass die Bedarfe sogar noch höher ausfallen würden als das Empirica-Gutachten vorsehe.

Abschließend appellierte Abg. große Deters an die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei diesem Thema. Seine Fraktion werde keine Gespräche verweigern, aber sie fordere, dass sich der Kreis mehr als bisher dieser Problematik annehme. Man stelle sich hinter die Forderung der Wohlfahrtsverbände auf der Wohnungsbaukonferenz.

Abg. Hoffmeister verwies auf die Vorlage der Verwaltung, aus der die Höhe des Eigenkapitals, der Finanzanlagen, der Kassenbestand sowie die Eigenkapitalquote hervorgingen. Mit diesem Kapital sei die GWG in der Lage entsprechende Wohnungsbauprojekte umzusetzen. Aus diesem Grund sehe er keine Notwendigkeit, die in dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aufgeführten Maßnahmen umzusetzen.

Hinsichtlich der Bedeutung der privaten Wohnungsbauunternehmen wies er darauf hin, dass sie aufgrund von Nachlässen, der Kostenmiete und der Finanzierungsform höhere Erfolgs- und Gewinnaussichten im öffentlich geförderten Wohnungsbau hätten als im frei finanzierten Wohnungsbau. Demnach hätten diese Unternehmen die Möglichkeit bis zu 5.300 Euro pro Quadratmeter zu investieren.

Zudem erkenne er in dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion keinen richtigen Ansatz, wie die GWG leistungsfähiger werden könne. Aus diesem Grund solle man gemeinsam Lösungen suchen, um richtige Lösungsansätze zu finden.

Abg. Hildebrandt bemerkte, auch die GWG stehe im Wettbewerb um den Erwerb von Grundstücken. Diese würden in der Regel an den Meistbietenden verkauft. Darüber hinaus refinanzierten sich die Investoren teilweise bereits in der Bauphase beziehungsweise beim Bezug, indem sie einen Teil der Wohnung direkt wieder als Eigentumswohnungen veräußerten.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

In diesem Fall sei die GWG benachteiligt, wenn sie mit ihrem Preisangebot für Grundstücke im Wettbewerb mit solchen Unternehmen stehe, die wesentlich höhere Preise bezahlen könnten.

Es stelle sich die Frage, in wieweit man die GWG finanziell ausstatten bzw. ihr weitere Kompetenzen erteilen müsse, damit sich ihre Chancen für den Wettbewerb auf dem Grundstückmarkt erhöhten und sie sich besser auf dem Wohnungsmarkt positionieren könne.

Darüber hinaus teilte Abg. Hildebrandt mit, dass man aufgrund einer Baulandanalyse in Hennef festgestellt habe, dass derzeit der Wille bei den Grundstückseigentümern fehle, Bauland zu veräußern.

Es verdeutlichte, dass nicht ausreichend Grundstücke zur Verfügung stünden und die GWG in einem starken Wettbewerb mit anderen Investoren stehe, die wesentlich mehr Geld für den Erwerb von Grundstücken bezahlten.

Abg. Dr. Lamberty sagte, auch in der Gemeinde Swisttal habe sich die Bevölkerungsentwicklung anders dargestellt als für die vorherige Baulandplanung prognostiziert.

Kreiswirtschaftsförderer Dr. Tengler habe in der Sitzung des Kreisausschusses bereits hinreichend dargelegt, weshalb nicht ausreichend Bauland vorhanden sei. Es gehe nun darum, gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Er bemerkte, dass man vorhandenes Bauland optimaler nutzen müsse, indem in die Höhe statt in die Breite gebaut werde. Darüber hinaus könnten große Parkflächen von Einzelhandelsunternehmen oder deren Dachbereiche für eine Wohnbebauung genutzt werden, so wie es bereits andere Städte umsetzten.

Abg. Jürgen Becker sagte, zur Lösung dessen, was als Problem angesehen werde, sei der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aus folgenden Gründen ungeeignet.

Sämtliche Fördermittel, die die vorherige und die jetzige Landesregierung für den sozialen Wohnungsbau für unsere Region zu Verfügung gestellt habe, seien bis auf ein einziges Jahr abgeflossen und ausgegeben. Insofern bringe die Erhöhung der Finanzmittel und eine stärkere Aktivität der GWG keinen Fortschritt in dieser Angelegenheit.

Zudem sei die Finanzierung dessen, was an die GWG gegeben werden solle völlig unsolide. Nach Abzug des Buchwertes von dem Erlös verblieben lediglich 3 Millionen Euro. Durch eine Inanspruchnahme der liquiden Mittel in Höhe von 29 Millionen Euro reduziere man darüber hinaus das Eigenkapital des Kreises auf ganz entscheidende Art und Weise und bringe den Kreis in finanzielle Gefahr. Da die GWG lediglich einen Teil der Kreiskommunen bezüglich des Wohnungsbaus abdecke, bestehe die Gefahr einer Erhöhung der Kreisumlage unter Benachteiligung derjenigen Kommunen, die nicht an die GWG beteiligt seien.

Darüber hinaus gehe aus dem Empirica-Gutachten ein Bedarf von 30.000 Wohnungen bis zum Jahr 2030 hervor. Bei einer Verteilung auf 20 Kommunen ergebe sich ein jährlicher Schnitt von 150 Wohnungen. Der Bedarf richte sich ebenfalls zu 2/3 auf den Bau von Eigenheimen. So müsse man im Grunde genommen die Eigenheimförderung in der öffentlichen Förderung mitbedenken sowie diesen Aspekt bei der Baulandausweisung mit berücksichtigen.

Weiter wies Abg. Jürgen Becker auf den Einwohnerzuwachs im Rhein-Sieg-Kreis und insbesondere in der Stadt Siegburg hin. Siegburg hätte innerhalb von wenigen Jahren als flächenkleinste Gemeinde einen Zuwachs an Einwohnern von 10 % durch Zuzug verzeichnet. Er sei der Ansicht, man müsse sich als Stadtrat in Siegburg und als Kreistag im Rhein-Sieg-Kreis um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort kümmern.

Zudem verstärke ein weiterer Zuzug die Vernichtung der innerstädtischen Grünflächen und Grünschnitten und verringere die städtische Qualität zu Lasten der heimischen Bevölkerung. Es herrsche der allgemeine Wille der Bevölkerung, keine weiteren Beeinträchtigungen vorzunehmen. Der Platz für den Wohnungsbau sei in den Städten an der Rheinschiene nicht mehr vorhanden.

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion propagiere im Grunde genommen einen weiteren Zuzug an die Rheinschiene und vernachlässige dabei die Kommunen im gesamten östlichen Rhein-Sieg-Kreis.

Abg. Bähr-Losse sagte, sie beantrage als Geschäftsordnungsantrag ein Ende der Debatte.

Der Landrat stellte fest, dass eine Meldung für eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag nicht vorliege.

Abg. große Deters teilte mit, dass der Geschäftsordnungsantrag nicht mit der Fraktion abgestimmt worden sei und nicht die Meinung der Fraktion entspreche.

Dann ließ der Landrat über den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Debatte abstimmen.

**B.-Nr.**  
**401/18**

**Der Kreistag stimmt dem Antrag zu.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Mehrheitlich.**

Anschließend ließ der Landrat über den modifizierten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.06.2018 abstimmen.

**B.-Nr.**  
**402/18**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ SPD, 1 FDP, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, Enth. LINKE, FUW/Piraten.**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
7.1	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.04.2018: Verkauf der RWE-Aktien und Investition in Wohnen und Infrastruktur	

Der Landrat sagte, dass eine Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses in die Sitzung des Kreistages vertagt worden sei.

Abg. Waldästl erklärte, wenn 29 Millionen Euro aus dem Anlagenvermögen entnommen würden und gleichzeitig in einer ähnlichen Größenordnung Anlagevermögen gebildet werde, schade das nicht dem Eigenkapital des Rhein-Sieg-Kreises. Weiterhin müsse man sich die Fragen stellen, ob Steuergelder dafür gedacht seien, sie in Aktien anzulegen und zu spekulieren und ob man in ein Unternehmen investiere, welches überwiegend in eine veraltete Technologie wie Kohlestrom investiere. Die SPD-Kreistagsfraktion komme zu dem Ergebnis beide Punkte zu verneinen. Deshalb sei es der richtige Schritt, die RWE-Aktien stufenweise abzustoßen. In dem Antrag seiner Fraktion habe man bewusst dargelegt, die Aktien über einen Zeitraum bis zum Ende des Jahres 2020 zu veräußern, um eine stufenweisen Ausstieg zu wählen.

Weiter führte Abg. Waldästl aus, die Reinvestition in Anlagevermögen solle zu 50 % für den Bereich Wohnungsbau und zu 50 % in die Bereiche digitale Infrastruktur und Unterstützungsleistungen für die Kommunen erfolgen und verwies auf die diskutierte Thematik, dass der Rhein-Sieg-Kreis zu einer Zuzugsregion zähle. Demnach benötige man mehr soziale Infrastruktur.

Viele kommunale Bauprojekte verzögerten sich oder könnten nicht realisiert werden, da die Kommunen für die Ausführungen weder Architekten noch Ingenieure fänden. Abhilfe könne die Gründung eine Rhein-Sieg-Infrastrukturgesellschaft leisten, die für die Kommunen gegen Auftragsverrechnung und Bezahlung diese Dienstleistungen erbringen könnte. So könne man dem Zuzug der Menschen in den gesamten Rhein-Sieg-Kreis gerecht werden.

Darüber hinaus sei es notwendig, das Eigenkapital der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft des Rhein-Sieg-kreises zu stärken, damit diese mit den privaten Wohnungsbaugesellschaften konkurrieren könne. Abschließend sagte Abg. Waldästl, das Spekulationsgeschäft mit den RWE-Aktien müsse beendet werden, die Kommunen entlastet und es müsse mehr für den öffentlich geförderten Wohnraum getan werden.

Abg. Steiner erwiderte, es sei ein Fehler beide Themen - Verkauf von RWE-Aktien und Investition in den sozialen Wohnungsbau - zu verknüpfen. Einem Komplettverkauf der RWE Aktien stünden der Verlust der fehlenden Dividende sowie die Zahlung möglicher Strafzinsen entgegen.

Es werde suggeriert, der Kreis habe in der Vergangenheit RWE – Aktien erworben, um in den RWE-Konzern zu investieren und die Energiepolitik mitzubestimmen. Bei der Entwicklung des Energiemarktes in der Entstehungsphase des Landes Nordrhein-Westfalen habe sich jedoch der RWE-Konzern die Stromkonzessionen der Kommunen durch die Ausgabe von Aktien an die Kommunen gesichert.

Mit Gründung der Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg habe der Rhein-Sieg-Kreis erste Schritte in der Region unternommen, die kommunalen Energiemärkte zu rekommunalisieren. Insbesondere in der Zusammenarbeit mit der Bundesstadt Bonn seien die Konzessionen für verschieden Stadtbezirke in Bonn zurückgeholt worden.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

In Troisdorf, Lohmar, Sankt Augustin und Wachtberg seinen darüber hinaus kommunale Stadtwerke gegründet und die Konzession vom RWE-Konzern zurückgeholt worden. Dieser Weg sei sowohl von der Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, als auch von der Politik eine positive Entscheidung gewesen.

Weiter führte Abg. Steiner aus, der Rhein-Sieg-Kreis habe Dividendeneinnahmen in Höhe von 50 Millionen Euro in den ÖPNV investiert. Nach dem heutigen Aktienkurs stünden 28 Mio. € dem Buchwert im Anlagevermögen der RSVG in Höhe von 25 Millionen Euro gegenüber. Verkaufe man die Aktien, werde der Erlös gegen das Anlagevermögen gebucht, sodass 3 Millionen Euro als Gewinn verblieben. Statt der aktuellen Dividende von 2 Millionen Euro müsse der Kreis noch Strafzinsen in Höhe von ca. 110.000 Euro/Jahr zahlen. Letztendlich ein Verlust in Höhe von 2,1 Millionen Euro.

Abschließend betonte Abg. Steiner, man stehe zudem in der Verantwortung die Kreisumlage so gering wie möglich zu halten. Ein Verkauf der RWE-Aktien sei der falsche Weg.

Abg. Otter sagte, seine Fraktion werde gemeinsam mit der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten den Antrag ablehnen. Darüber hinaus kündigte er an, zur nächsten Sitzung des Kreistages einen Antrag hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der Energiewirtschaft im Rhein-Sieg-Kreis zu stellen. Zudem beabsichtige man, einen Antrag zum Thema RWE-Aktien zu stellen.

Abg. Dr. Lamberty wies darauf hin, dass seine Fraktion bereits vor 15 Jahren einen Antrag hinsichtlich einer Veräußerung der RWE-Aktien gestellt habe. Dem Antrag sei nicht zugestimmt worden, da man den Fokus eher auf die Dividende statt auf den Aktienkurs gerichtet habe. Das sei nachvollziehbar gewesen, da Dividenden in Höhe von 3 Euro/3,50 Euro bezahlt worden seien und zudem das Geld in die RSVG investiert worden sei.

Weiter bemerkte Abg. Dr. Lamberty, in der gesamten Diskussion sei bisher noch nicht der Wertverlust in der Bilanz des Rhein-Sieg-Kreises durch den abgesunkenen Kurs der RWE-Aktie zur Kenntnis genommen worden.

Seine Fraktion halte es für politisch nicht sinnvoll, die RWE-Aktien zu halten. Er habe aufgrund der Komplexität der Thematik vorgeschlagen, dass der Arbeitskreis Konsolidierung sich dieser Angelegenheit annehmen solle, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen, damit der Rhein-Sieg-Kreis aus diesem Kapital den größtmöglichen Nutzen ziehe.

Abg. große Deters sagte, es sei selbstverständlich möglich, den kompletten Gegenwert der RWE-Aktien, wenn man ihn realisiere, in andere Gesellschaften zu überführen. Weiter bemerkte er, die Verwaltungsvorlage zeige zudem verschiedene Ansätze, was realisiert werden könne. Über die richtige Strategie müsse man gemeinsam debattieren. Grundsätzlich seien zwei Aspekte voneinander zu trennen, nämlich eine weitere Investition in diese Aktien und die Verwendung der Mittel bei einer möglichen Veräußerung. Seine Fraktion habe hierzu konkrete Vorschläge unterbreitet, sei jedoch auch offen über weitere Vorschläge zu reden wie beispielsweise Investitionen in erneuerbare Energien.

Man habe die grundlegende ordnungspolitische Vorstellung, dass der Kreis keine Spekulationsgeschäfte tätige und nicht in Unternehmen investiere, deren Ziel man nicht vollumfänglich teile. Der Kreis solle hingegen in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren. In diesem Zusammenhang verwies Abg. große Deters auf die vorgestellten renditefähigen Projekte seiner Fraktion, von denen zudem die Menschen im Kreis profitierten.

Abschließend sagte er, die Investition in RWE-Aktien habe sich aufgrund des Eigenkapitalverlustes nicht gelohnt. Zudem hätten viele Analysten geraten, die RWE-Aktien zu veräußern. Es sei nicht erfolgsversprechend, an diesem Invest festzuhalten.

Abg. Jürgen Becker sagte, falls sichergestellt sei, dass der Verkaufserlös der RWE-Aktien so verwendet werde, dass eine Rendite in derselben Art und Weise wie jetzt erfolge, die dazu diene, die Kreisumlage für die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet entsprechend niedrig zu halten, könne man über einen Verkauf der RWE-Aktien diskutieren. Entscheidend sei, welche Auswirkungen ein Verkauf für die Finanzen des Kreises und für die Städte und Gemeinden über die Kreisumlage mit sich bringe. Man werde das in den nächsten Monaten und Jahren beobachten und dann entscheiden, wie es zum jeweiligen Zeitpunkt opportun sein werde.

Abg. Steiner wies darauf hin, der Kreis habe bei der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) die Aktien mit einem historisch hohen Wert bewerten müssen, was zu einer Mehrung des Eigenkapitals geführt habe. Aufgrund des Wertverlustes der Aktien seien entsprechende Abschreibungen notwendig gewesen. Das habe zu einer Eigenkapitalminderung geführt. Fraktionsübergreifend könne man jedoch festhalten, dass eine spekulative Aktie nicht in das Portfolio eines Kreises gehöre.

Der Landrat stellte fest, dass weitere Wortmeldungen nicht vorlägen und sagte, der Finanzausschuss habe den Antrag in seiner Sitzung am 13.06.2018 mehrheitlich abgelehnt. Dann ließ er über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

Es erfolgte der Hinweis, dass in der Sitzung des Finanzausschusses über die Zifferaufzählung im Antrag getrennt abgestimmt worden sei. Der Landrat machte darauf aufmerksam, dass er den Antrag bereits zur Abstimmung gestellt habe und man sich demnach im Abstimmungsvorgang befinde. Eine getrennte Abstimmung sei vorab nicht beantragt worden.

**B.-Nr.**  
**403/18**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ SPD, Abg. Dr. Fleck, Enth. FDP, Abg. Meise**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
8	Änderungen des Landesentwicklungsplanes NRW - Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises -	

Der Landrat sagte, dass eine Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses in die Sitzung des Kreistages vertagt worden sei. Zudem verwies er auf den Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU und Grüne und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 19.06.2018, der als Tischvorlage nachgereicht worden sei.

Abg. Dr. Kuhlmann bemerkte, die FDP-Kreistagsfraktion hätte der ursprünglichen Stellungnahme der Verwaltung (Vorlage vom 30.05.2018) zustimmen können. Den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Grüne sowie der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten hierzu habe er vor wenigen Minuten erhalten. Aufgrund der kurzfristigen Vorlage des Antrages habe man kaum Zeit gehabt, dieses zu prüfen. Inhaltlich sehe seine Fraktion die Änderungen aus folgenden Gründen kritisch.

In Kapitel 2 - Grundsatz – könne man nicht nachvollziehen, dass Windenergieanlagen als verbreitetes und prägendes Element der Kulturlandschaft NRW bezeichnet werden. Zu Kapitel 6 - Siedlungsraum, Wohnbauflächen und Wirtschaftsflächen – unterstütze man die ursprüngliche Stellungnahme der Verwaltung, da sie auf eine Stärkung der Planungshoheit der Kommunen ziele. Kommunen bräuchten mehr und ausreichend Flexibilität, um neue Bau- und Gewerbegebiete ausweisen zu können, da der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum und Bauland groß sei und die Gewerbeflächen in der Region knapper werden. Hinsichtlich der übrigen Änderungen in Kapitel 7 – Freiraum, Tourismus und Entwicklung - halte Abg. Dr. Kuhlmann diese für weitgehend überflüssig, jedoch nicht schädlich. Positiv hervorzuheben seien die Aussagen zu den Radverbindungen als vorrangiges Ziel der Landesplanung.

Abg. Skoda sagte, bis auf Kapitel 10 könne man die Stellungnahme der Verwaltung akzeptieren. Kapitel 10 betreffe die Energiepolitik und man müsse feststellen, dass der neue LEP weiterhin die Energiewende, einschließlich der weiteren Entwicklung der sogenannten erneuerbaren Energien, verfolge. Seine Fraktion werde die Stellungnahme des Kreises ablehnen, da man die Auffassung vertrete, dass eine Abkehr von der Energiewende deutlich angemahnt hätte werden müssen. Die Energiewende sei zu teuer und ökologisch schädlich, da Windenergieanlagen Kulturlandschaften verschandelten und unberührte Waldgebiete in Industriebrachen verwandelten.

Er sei der Meinung, dass eine Abkehr von der Energiewende in der Stellungnahme Berücksichtigung finden solle. Aus diesem Grund werde man die Stellungnahme des Kreises ablehnen.

Bezüglich der Aussage des Abg. Dr. Kuhlmann hinsichtlich der zu kurzfristig eingegangenen Vorlage des Änderungsantrages, teilte Abg. Steiner mit, dass man sich in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr auf ein schriftliches Verfahren verständigt habe. Er habe die Informationen per mail an Herrn Pagels, Herrn Dr. Lamberty und an Herrn Dr. Kuhlmann weitergeben.

Abg. Otter sagte, aufgrund der Thematik „Erweiterung von Wohnflächen“ bitte seine Fraktion, diese Rubrik gesondert abstimmen zu lassen.

Auf Nachfrage des Landrates, ob seitens der Antragsteller Einwände gegen eine getrennte Abstimmung der einzelnen Kapitel im Änderungsantrag bestünden, wurde dies verneint.

**B.-Nr.**  
**404/18**

**Der Kreistag stimmt Kapitel 3 im Änderungsantrag vom 19.06.2018 zu.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ FDP, AfD, Enth. Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.**

**B.-Nr.**  
**405/18**

**Der Kreistag stimmt Kapitel 6 im Änderungsantrag vom 19.06.2018 zu.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ FDP, LINKE, AfD, Enth. Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.**

**B.-Nr.**  
**406/18**

**Der Kreistag stimmt Kapitel 7 im Änderungsantrag vom 19.06.2018 zu.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ AfD, Enth. Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.**

Dann ließ der Landrat über die Stellungnahme der Verwaltung unter Berücksichtigung der mehrheitlich beschlossenen Änderungen gem. Änderungsantrag vom 19.06.2018 abstimmen.

**B.-Nr.**  
**407/18**

**Der Kreistag beschließt die im Anhang beigefügte Stellungnahme als Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises im Rahmen der öffentlichen Auslegung zur Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP).**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ FDP, AfD, , Enth. Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

9	ÖPNV	
---	------	--

9.1	Antrag der Kreistags-Fraktionen CDU, GRÜNE vom 22.03.2018: Minimierung Luftschadstoffe hier: Elektrifizierung Dieselbahnstrecke	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**408/18**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Der Rhein-Sieg-Kreis erwartet von allen Beteiligten nunmehr die prioritäre, schnellstmögliche Elektrifizierung der S 23 (Bonn-Rheinbach-Euskirchen).**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

9.2	Weiterentwicklung regionales Stadtbahnangebot	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018. Weiter teilte er mit, dass sich aufgrund der Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr der Beschlussvorschlag wie nachfolgend aufgeführt geändert habe und ließ hierüber abstimmen.

**B.-Nr.**  
**409/18**

**Der Kreistag beschließt die Umsetzung der in der Tabelle 1 der Beschluss-Vorlage dargestellten Angebotsverbesserungen/Bausteine Nr. 1 a, 2, 5, 6, 9 und 10 auf den Stadtbahnlinien 16, 18 und 66 zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018. Voraussetzung hierfür sind entsprechende Beschlussfassungen der ebenfalls betroffenen Städte Bonn, Bornheim, Königswinter und Wesseling sowie eine Zustimmung der Stadt Bad Honnef zur Führung der Nachtfahrten auf der Stadtbahnlinie 66 bis Bad Honnef. Sollten diese bis zu Beginn der Sommerferien 2018 nicht vorliegen, werden die davon betroffenen Teilmaßnahmen zurückgestellt.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

9.3	ÖPNV-Konzept für den Teilraum Lohmar	
-----	--------------------------------------	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**410/18**

**Der Kreistag beschließt die Umsetzung des nachfolgend dargestellten Buskonzeptes Lohmar zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

9.4	Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes im Teilraum Bornheim	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**411/18**

**Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, das auf Grundlage der verkehrsplanerischen Ausarbeitungen erstellte Maßnahmenkonzept zur Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes in Bornheim im Rahmen der teilraumbezogenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Rhein-Sieg-Kreises in Abstimmung mit der Stadt Bornheim und der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) planerisch und betrieblich umzusetzen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

9.5	Modifizierung des Busverkehrsangebotes in Swisttal-Odendorf	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**412/18**

**Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die Linie 748 „OrtsBus Odendorf“ zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 in Abstimmung mit der Gemeinde Swisttal und der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) einzustellen und stattdessen die Fahrten des „Swisttaler Landhüpfers“ (Linie 747) über den Bahnhof Odendorf hinaus bis zur Haltestelle Odendorf Kirche zu führen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

9.6	Fahrplanwechsel im Dezember 2018	
-----	----------------------------------	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**413/18**

**Der Kreistag beschließt die Umsetzung der nachfolgend dargestellten Angebotsverbesserungen auf den Buslinien 520, 536, 560 und SB 55 mit 338.000 km/a zusätzlicher Busbetriebsleistung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018. Voraussetzung für die Maßnahmen auf der Linie SB55 ist eine Zustimmung der Städte Bonn und Niederkassel bzw. für die Maßnahme auf der Linie 560 eine Zustimmung der Stadt Bad Honnef. Sollten diese nicht vorliegen, werden betroffene Teilmaßnahmen zurückgestellt.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
10	Prüfung des Gesamtabschlusses des Rhein-Sieg-Kreises zum 31.12.2015	

Der Landrat bemerkte, dass unter Tagesordnungspunkt 10.1 u.a. auch seine Entlastung anstehe. Deshalb übergab er die Sitzungsleitung zu TOP 10.1 an seine 1. Stellvertreterin Abg. Notburga Kunert.

10.1	Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses über das Prüfungsergebnis des Prüfungsberichtes 2015 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner	
------	--	--

Die 1. Stellvertretende Landrätin Kunert verwies auf die Beschlussvorlage vom 18.04.2018 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses in seiner Sitzung am 17.04.2018 zu Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlages.

Sie wies darauf hin, dass die in der Beschlussvorlage dargestellten Beschlüsse getrennt zu fassen seien. Dann stellte sie die Beschlussvorschläge zu Abstimmung.

**B.-Nr.**  
**414/18**

**Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:**

- 1. Der Kreistag bestätigt den geprüften Gesamtabschluss des Rhein-Sieg-Kreises zum 31.12.2015 mit der Bilanzsumme von 817.915.297,65 €.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

Dann ließ Abg. Kunert über Beschlussvorschlag 2 abstimmen.

**B.-Nr.**  
**415/18**

- 2. Die Kreistagsmitglieder erteilen dem Landrat für den Gesamtabschluss zum 31.12.2015 vorbehaltlos Entlastung.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

Nachfolgend übernahm der Landrat wieder die Leitung der Kreistagssitzung und dankte der 1. Stellvertretenden Landrätin Kunert.

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

11	Sanierung und Erweiterung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ der Waldschule in Alfter	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 18.06.2018.

**B.-Nr.**  
**416/18**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Waldschule Alfter gem. dem Maßnahmenpaket 6 „Sanierung und Erweiterung“ mit Mitteln aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 - KInvFöG 2 – (Förderquote maximal 90%) zu sanieren und zu erweitern.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

12	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Der Landrat verwies auf die Anfragen der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.04.2018 und 05.06.2018 und teilte mit, dass die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage 1 verteilt worden sei.

Weiter teilte der Landrat mit, dass der Rhein-Sieg-Kreis sich erfolgreich um die Zertifizierung audit berufundfamilie bemüht habe. Man werde am 27.06.2018 in Berlin die Zertifizierung entgegennehmen. Ziel sei es, in den kommenden Jahren eine Rezertifizierung zu erhalten.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Ende des öffentlichen Teils**

19. Sitzung des Kreistages am 20.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Nichtöffentlicher Teil**

13	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Wortmeldungen lagen nicht vor. Folglich beendete der Landrat die Sitzung.

Sebastian Schuster  
Vorsitzender

Dirk Kassel  
Schriftführer